

5. § 47bis Steuergesetz (befristete Zusatzsteuer auf Vermögen)

Parlamentarische Initiative Markus Bischoff (AL, Zürich), Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 20. April 2020
KR-Nr. 117/2020

Ratspräsident Roman Schmid: Wir führen dazu eine reduzierte Debatte.

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich beantrage

freie Debatte.

Sie wissen schon. Ich habe ja noch ein paar meiner Wähler, wahrscheinlich 99,9 Prozent, die hier gegen diesen Antrag der Kommunisten sind. Deshalb bitte ich doch um das Rederecht.

Ratspräsident Roman Schmid: Hans-Peter Amrein beantragt, die reduzierte Debatte in freie Debatte zu ändern. Dazu braucht es 60 Stimmen.

Abstimmung

Für den Ordnungsantrag stimmen 42 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Der Antrag auf freie Debatte ist abgelehnt.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir haben jetzt den ganzen Nachmittag übers Geldausgeben gesprochen und auch mit vollen Kellen Geld ausgegeben: 660 Millionen Franken haben wir beschlossen (*mit der Zustimmung zur Vorlage 5663d*). Es wäre vielleicht auch einmal noch interessant zu fragen, woher wir das Geld nehmen. Es ist nicht einfach eine wundersame Brotvermehrung mit dem Geld, es muss ja von irgendwoher kommen. Deshalb ist es richtig, dass wir diese parlamentarische Initiative lanciert haben. Es ist doch ganz klar, dass dieses Geldausgabeprogramm, das wir hier haben, enorme Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben wird. Was wir an Geld ausgegeben haben, das haben wir auch heute gehört. Für dieses Jahr haben wir ein Defizit von einer halben Milliarde Franken budgetiert. Wie der damalige Sprecher der AL-Fraktion schon gesagt hat: Das ist eigentlich alles Makulatur, was wir besprechen, es werden noch einige Nachtragskredite kommen. Und so war es auch. Das ist das eine, dass wir viel mehr Geld ausgeben. Und das andere ist, dass auch die Einnahmen sinken werden. Es wird erheblich Mindersteuereinnahmen geben, zum einen wegen der Unternehmenssteuerreform, deren erste Etappe ja leider von den Stimmberechtigten gutgeheissen wurde und die zu einer Senkung der Unternehmenssteuern geführt hat. Bei den natürlichen Personen wird natürlich die Bremswirkung dieser Pandemie (*Corona-Pandemie*) mit einer gewissen Verzögerung eintreten. 2021, 2022 – wir

wissen ja nicht, wie lange die ganze Geschichte geht – werden wir massiv weniger Steuern einnehmen. Der KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) 2021 bis 2024 sieht, basierend auf einer Schätzung vom Herbst 2020, als wir noch das Gefühl hatten, es komme alles gut, relativ rasch Mindereinnahmen bei den Steuern von 1,1 Milliarden Franken vor. Wir wissen auch, dass der mittelfristige Finanzausgleich bis 2024 1,2 Milliarden Franken vorsieht, und da ist das Härtefallprogramm eben nicht eingerechnet. Jetzt ist die Frage wirklich: Wie finanzieren wir das? Können wir das einfach so stemmen? Können wir jetzt einfach so zur Tagesordnung übergehen und sagen «es kommt schon gut, irgendwoher wird es das Geld regnen»? Vielleicht sind dann die einen noch von diesem Rechnungsüberschuss von 499 Millionen Franken geblendet, Regierungsrat Ernst Stocker hat vor fünf Minuten (*im Zusammenhang mit der Beratung der dringlichen Postulate KR-Nrn. 17/2021 und 18/2021*) das Stichwort dazu gegeben: Dieses Geld ist schon längstens ausgegeben, das ist schon weg. Wir von der AL haben in unserer Pressemitteilung zum Rechnungsüberschuss zu Recht geschrieben «der letzte Sonnenschein». Sie müssen nur nach draussen schauen (*es ist kühl und trüb bei mässiger Bise*), so wird es auch finanzpolitisch in den nächsten zwei Jahren zu- und hergehen, so wird es eben sein. Man kann nicht einfach sagen: Gut, jetzt kommt dann noch die Nationalbank (SNB) und wird das Manna über uns ausschütten. Erstens ist es ja nicht Aufgabe der SNB, die Kantone und den Bund einfach so zu unterstützen, sondern es geht darum, eine Währungsstabilität herzustellen. Da haben wir ja eine unglaubliche Begehrlichkeit in diesem Land, alles und jedes sollte die Nationalbank unterstützen, von der AHV bis zu allem, das ist einfach nicht das Wesen der SNB. Wenn man Finanzpolitik, eine eigenständige Finanzpolitik machen will, dann muss man auf eigenen Beinen stehen, und die Hoffnung, es komme dann noch von irgendwo ein Spezialkässeli, das Geld hervorbringt, diese Hoffnung ist schlecht. Wir wissen ja, unser Finanzdirektor ist relativ bodenständig und ein hinsichtlich Finanzen konservativ denkender Mensch, hat aber in letzter Zeit auch gewisse volatile Meinungen zu den Finanzen geäussert. Ich stelle immer wieder fest, dass sich die Meinungen in Coronazeiten schnell ändern. Anfang Jahr hat er noch gesagt, es sei ihm «gschmuuch», wie wir das bezahlen können. An der Pressekonferenz letzten Freitag zum Rechnungsabschluss hat er gemeint, wir könnten das stemmen. Interessant ist aber – und darauf ist der Finanzdirektor zu behaften – ein Artikel, den er am 7. Januar 2021 in der NZZ publiziert hat, in welchem er für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer plädiert hat. Man muss sich das einmal vorstellen, ein SVP-Finanzdirektor will die Steuern erhöhen. Wenn das Samuel Schmid (*Altbundesrat*) gewesen wäre, dann wäre über ihn ein Shitstorm hereingebrochen, bei Ernst Stocker habe ich nichts gehört. Aber er ist für eine Steuererhöhung und er begründet das auch. Er sagt: Wir brauchen Geld. Die Kantone brauchen Geld, um das alles zu finanzieren. Die Mehrwertsteuer ist gut, damit heizen wir den Wettbewerb zwischen den Kantonen nicht an. Und dann das dritte Argument ist sehr bemerkenswert. Er hat gesagt, es gebe aus seiner Sicht noch viel blödere Ideen, nämlich, dass die Reichen mehr Steuern zahlen müssen. Wir finden das gar keine blöde Idee, dass die Gutsituierten mehr

Steuern bezahlen, denn die Mehrwertsteuer hat ja trotz allem eine grosse unsoziale Komponente, weil die Mehrwertsteuer für die Reichen und für die Armen, also diejenigen, die viel verdienen, und diejenigen, die wenig verdienen, gleich hoch ist. Jetzt können Sie sagen «diejenigen, die mehr verdienen, geben auch mehr Geld aus, die zahlen auch mehr Mehrwertsteuer», aber das ist natürlich nie derselbe soziale Ausgleich wie bei der direkten Steuer.

Dann kommt noch eine gesellschaftspolitische Komponente hinzu, und das zeigen jetzt alle Studien: In dieser Pandemie sind es vor allem die Geringverdienenden, die unter die Räder kommen, diejenigen, die jetzt knapp dran sind, die Kurzarbeit haben, die Stelle verlieren, mit wenig Geld zurechtkommen müssen, sie kommen unter die Räder. Die Gutverdienenden kommen nicht unter die Räder. Es ist nicht meine tägliche Litanei, dass das so ist, aber jetzt in der Krise ist es so, dass sich diese Schere zwischen Arm und Reich öffnet. Deshalb ist es nicht mehr als gerecht, wenn wir hier einen gewissen sozialen Ausgleich schaffen. Deshalb sieht diese parlamentarische Initiative vor, dass Vermögen über 2 Millionen Franken – das ist ein hoher Betrag, davon sind im Kanton Zürich 32'500 Steuerpflichtige betroffen –, dass sie auf diesen Vermögensbestandteilen auf dieser erhobenen Steuer einen Zuschlag von 10 Prozent zahlen. In der schriftlichen Begründung der PI haben wir jetzt neuere Zahlen. Wenn wir das jetzt umrechnen, kommen wir auf rund 47 Millionen Franken, die pro Jahr mehr hereinkämen. Es ist auch klar, es müsste eine befristete Steuer sein, aber so kämen 250 Millionen Franken zusammen. Das wäre ein sozialer Ausgleich an diese Corona-Massnahmen und damit hätten wir auch wieder eine gewisse Frischluftzufuhr in die kantonalen Finanzen. Das ist ein Vorschlag, wohin die Finanzpolitik gehen müsste. Wir können nicht einfach zuwarten und denken «es kommt dann schon gut, der Onkel aus Amerika oder die Nationalbank zahlt», das ist keine Finanzpolitik. Wir müssen das Geld dort nehmen, wo es ist, und das ist bei den Vermögenden über 2 Millionen Franken. Deshalb bitte ich Sie, diese PI zu unterstützen.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Da haben wir was gelernt, ich wusste gar nicht, dass Steuern und Frischluft einen direkten Zusammenhang haben. Das finde ich jetzt noch speziell, aber man lernt immer dazu. Ich sage es gleich am Anfang: Natürlich lehnt die SVP grundsätzlich jede Steuererhöhung ab und somit auch diese PI. Aber es ist schon ausserordentlich, wie viele Themen und Stichworte hier bei dieser Neid-PI vermischt werden; nicht auf den ersten Blick, aber spätestens, wenn diese im Detail angeschaut und darüber nachgedacht wird. Es geht um Vermögenssteuer, Corona-Pandemie – ungerecht, ja, Kolleginnen und Kollegen der AL, ungerecht ist diese auch, ich komme aber gleich dazu – und eigentums-, spar- und rentnerfeindlich zum Schluss. Zur Vermögenssteuer: Für die Sozialisten ist diese Steuer fast schon eine Lieblingssteuer, weil sie ja nur die bösen Menschen, die Vermögen haben, bezahlen müssen. Aber es wird vieles dabei vergessen: Diese Steuer kommt einfach jedes Jahr immer wieder auf Einkommen und Erträge aller Art noch oben drauf, und dies immer und immer wieder, obwohl dieses Vermögen bereits vorher besteuert wurde. Dies ist auch der Grund, wieso Länder wie Deutschland beispielsweise die Vermögenssteuer gar nicht mehr kennen, Länder

wie Deutschland, wo eine Mitte-links-Regierung an der Macht ist, eine Kanzlerin (*Bundeskanzlerin Angela Merkel*) sicher keine bürgerliche Steuerpolitik macht, aber trotzdem keine Vermögenssteuer kennt. Auch im Nachbarland Österreich gibt es diese nicht, hier unter einem zugegeben klar bürgerlichen Kanzler (*Sebastian Kurz*). Oder nehmen wir Schweden, ein jahrzehntelang durch und durch sozialistisches Land: keine Vermögenssteuer. Thema «Corona-Pandemie»: Anscheinend sind jetzt die sogenannten Reichen, per Definition der AL verheiratete Personen ab 2 Millionen Franken Vermögen, mitschuldig an der Pandemie und sollen ihren Beitrag zur Behebung des finanziellen Schadens leisten. Ist das auch nur halbwegs fundiert, geschätzte AL, dass jetzt die Vermögenden die Mitschuld für die Pandemie haben? Ich denke nicht.

Und schon sind wir beim Wort «ungerecht»: Ist es gerecht, nur einen Teil der Bevölkerung finanziell für eine Pandemie, die nicht nur im Kanton Zürich grassiert, sondern weltweit, zu bestrafen? Und vor allem: Ist es im Geringsten, wirklich nur im Geringsten gerecht, dass, wenn zwei nicht verheiratete Personen mit einem Vermögen von 1'999'000 Franken zusammenleben, aber von dieser PI überhaupt nicht betroffen sind, aber gleichzeitig Verheiratet mit einem Vermögen von zusammen über 2 Millionen Franken diese Zusatzbesteuerung zahlen müssen, obwohl sie je nachdem nur die gute Hälfte des Vermögens der in meinem Beispiel erwähnten Unverheirateten haben? Ist das Gerechtigkeit, reichere Paare weniger zu besteuern, nur weil sie nicht verheiratet sind? Ich denke, nicht. Und hier wurde bei der Einreichung dieser PI nicht ganz bis zum Schluss gedacht, aber vielleicht war das ja Absicht und die AL wollte auch noch gleich die verheirateten Paare strafen, ich weiss es nicht.

Ich komme zum Schluss noch zum Thema «Eigentums- und Sparfeindlichkeit»: Gerade in der aktuellen Situation müssen wir allen natürlichen Personen, die Vermögen für schlechtere Zeiten auf der Seite haben, dankbar, eigentlich sehr dankbar sein. Diese werden von der Nationalbank indirekt mit Tiefstzinsen und sogar, was ich grundsätzlich absolut bedenklich finde, mit Minuszinsen belegt. Jetzt kommt die AL und will diese sparsamen Menschen in unserer Gesellschaft bestrafen, wie vor allem auch Rentner, die sich beispielsweise die Pensionskasse und die Dritte Säule haben auszahlen lassen und aufgrund von 45 Jahren Arbeit plus Pensionskasse zusammen mit ihrer Ehefrau ein Vermögen von 2 Millionen Franken erarbeitet haben. Liebe AL, wisst ihr eigentlich, wer die sogenannten Vermögenden im Kanton Zürich wirklich sind? Eben sehr oft die von mir erwähnten Personen im Rentenalter, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Davon müssen diese Über-65-jährigen beziehungsweise Über-64-jährigen je nachdem noch 20 oder 30 oder hoffentlich noch länger leben, weil nur mit der AHV-Rente in der Schweiz niemand gut leben kann, noch weniger, wenn ein Paar verheiratet ist. Das Wort «Rentenklaue» kommt sicher von den Linken, aber ich sage: Stopp dem Pensionskassengelder- und Sparguthabenklaue mittels höherer Vermögenssteuer. Die Limite von 2 Millionen Franken – ich sage es nochmals: je 1 Million für verheiratete Personen – ist schlicht und einfach willkürlich und vor allem überhaupt nicht gerecht.

Zusammengefasst: Wir lehnen diese linke Neidsteuererhöhung entschieden ab. Sie ist heirats-, renten- und sparfeindlich und ungerecht. Ja, die AL und sicher auch andere linke Parteien sind für Ungerechtigkeit mit der Unterstützung dieser PI. Sagen Sie Nein dazu, vielen Dank.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Ich zitiere von soeben: Natürlich lehnt die SVP jegliche Steuererhöhung ab. Damit hat Kantonsrat Suter einen schönen Vorge-schmack auf die folgende Debatte geliefert, ehrlicherweise habe ich auch nicht mit irgendetwas anderem gerechnet. Seit Ihre ideologischen Vorbilder Reagan (*Ronald Reagan, ehemaliger US-Präsident*) und Thatcher (*Margret Thatcher, ehemalige britische Premierministerin*) die neoliberale Wende eingeläutet haben, bringen Sie auch gar nichts anderes über Ihre Lippen zu diesem Thema beziehungsweise werfen einfach Nebelpetarden, wie Sie das gerade geschlagene fünf Minuten lang gemacht haben. Egal, ob es um dem Steuerfuss geht oder ob die Unternehmenssteuern gesenkt werden sollen, Ratssitzung für Ratssitzung schlagen Sie uns die gleichen sinnentleerten Parolen um die Ohren: «Schauen Sie unsere Nachbarkantone an» oder «Die Reichen zahlen den Grossteil der Steuern» oder auch noch «Wir müssen im interkantonalen Steuerwettbewerb attraktiv bleiben», in Ordnung, wir haben es gehört. Ihnen fallen keine weiteren Argumente mehr ein, um diese Privilegien Ihrer Klientel und wohl teilweise sogar Fraktionsmitglieder zu verteidigen.

Hier aber etwas weniger Blabla: Wir stehen vor beziehungsweise mitten in der grössten Wirtschaftskrise, die dieses Land seit mindestens 50 Jahren gesehen hat. Zehntausende Kleinstbetriebe stehen vor dem Aus, trotz Härtefallgeldern. Und drittens: Hunderttausende von Leuten erhalten über die Kurzarbeit nur 80 Prozent ihres üblichen Lohns. Und was passiert gleichzeitig in der Sphäre der Besitzenden, in der Sphäre der Superreichen? Deren Vermögen sind im vergangenen Jahr nochmals gewachsen. Die 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer besitzen heute somit 220 Milliarden Franken mehr als vor zehn Jahren. So klafft die Schlucht zwischen den Lebensrealitäten der Reichsten dieses Landes und dem Grossteil der Bevölkerung, den 99 Prozent, welche jeden Tag arbeiten gehen. Wir stehen vor finanziell unsicheren Jahren, das haben mittlerweile alle Fraktionen einmal betont, darüber hinaus werden Investitionen in den Wiederaufbau und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft dringend notwendig. Das kostet, das hat auch Kollege Bischoff vorher ausgeführt. Und hier kann die parlamentarisch Initiative Abhilfe leisten, wir können damit einem kleinen Teil des notwendigen Steuersubstrates dort holen, wo das Geld heute unproduktiv herumliegt, um zuletzt etwas vorzugreifen, was vermutlich noch folgen wird. Nein, frech oder radikal ist nicht die Forderung dieser parlamentarischen Initiative, frech ist, wenn die Allerreichsten immer und immer wieder steuerlich bevorzugt werden, wenn wir in diesem Rat häufiger über Steuersenkungen diskutieren als über Steuergerechtigkeit. Und radikal sind Sie, die sich nicht getrauen, die Pfründe Ihrer Klientel anzufassen. Das ist beschämend, ja, da ist Klassenkampf von oben herab. Setzen wir dieser Politik ein Ende und überweisen die PI heute. Herzlichen Dank.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren): Das muss man sich jetzt einmal vor Augen führen: Herr Bischoff als Gewerkschafter, sonst nicht faul, sogar in Covid-Zeiten am Flughafen und anderswo Firmen zu behindern (*Anspielung auf einen Vorstoss betreffend Sonntagsverkauf im Einkaufszentrum «Circle» am Flughafen*) und Arbeitsplätze und somit auch Steuersubstrat zu vernichten, möchte nun die Kosten seines Tuns auf solche Steuerpflichtige umwälzen, die mehr als 2 Millionen Franken Vermögen versteuern. Diese PI ist nicht durchdacht und tut genau das Falsche. Sie schwächt unseren Kanton in einer schwierigen Zeit. Unsere Finanzlage ist ja nicht nur wegen Covid unter Druck, sondern beispielsweise wegen der Entschiede zur Neuverteilung der Kosten der Zusatzleistungen oder der Gelder des Strassenverkehrs. Ich erinnere auch an die Begehrlichkeiten betreffend Prämienverbilligungen, Velowege, familienergänzende Betreuung, Energieumbau, Naturschutz, Artenschutz, alles Dinge, die diesem Rat ans Herz gewachsen sind, vieles «nice to have» und alles bestimmt nicht gratis zu haben. und wir als Verantwortliche sollten eigentlich das tun, was auch in der Wirtschaft in einer Krise Usus ist: Wunschausgaben sistieren oder reduzieren, bis die Krise überwunden ist, und dort investieren, wo Arbeitsplätze und Mehrwert geschaffen werden. Nur so kommen wir wirklich aus der Krise. Und alles andere, das sage ich Ihnen, ist reine Symptombekämpfung. Sie wollen die Attraktivität des Kantons für jene circa 30'000 Steuerzahler senken, welche heute schon über 80 Prozent – über 80 Prozent! – der Vermögenssteuern abliefern, und dies, obwohl Zürich hier schon zu den Schlusslichtern der Kantone gehört. Da sage ich einfach auf Schweizerdeutsch: «Gahts eigetli no?»

Als Begründung bemühen Sie, Herr Bischoff, den sozialen Ausgleich. Aber alles, was mit Steuergeldern finanziert ist, enthält ja bereits eine grosse soziale, weil umverteilende Komponente, und das ist die Progression. Wegen ihr werden die Steuern überproportional von Gutverdienenden und Vermögenden getragen, und genau diese Gruppe wollen Sie nun zur Kasse bitten und aus dem Kanton vertreiben. Auch bei der Arbeitslosenversicherung, welche bei der Bewältigung von Covid-19 ja eine eminent wichtige Rolle spielt, findet übrigens ein sozialer Ausgleich statt, indem ein Solidaritätsbeitrag auf den Lohnanteilen über 148'000 Franken erhoben wird, obwohl diese nicht versichert sind. Also hören Sie auf, das Hohelied des sozialen Ausgleichs zu singen, er findet bereits zur Genüge statt. Dann würde Ihre Initiative zwar den reichen Gemeinden eine temporäre Freude bereiten, nicht aber den armen, welche es wohl eher nötig hätten. Also wenn Sie schon vom sozialen Ausgleich sprechen, dann müssen Sie auch in dieser Dimension denken.

Viele Vermögen bestehen übrigens nicht aus Geld, sondern aus virtuellen Werten, beispielsweise von nicht handelbaren Firmentiteln, häufig KMU, und diese schaffen also Arbeitsplätze. Diese Vermögen sind gebunden und die Vermögenssteuern müssen über Dividenden finanziert werden, Dividenden, welche vorgängig bereits als Gewinn in der Firma und – zum Glück mit einer Teilbesteuerung – als Einkommen auf der privaten Seite besteuert werden. Dies führt zu einer heute schon absolut schmerzhaften Dreifachbesteuerung von Firmenwerten, welche wir gerade jetzt nicht noch verschärfen dürfen.

Nun rüttelt die AL ja nicht nur an den Vermögen selbst, sondern auch an der Teilbesteuerung der Dividenden. Sie fährt also explizit und auf mehreren Ebenen eine gewerbe- und somit arbeitsplatzschädliche Politik. Dass sie lieber Arbeitnehmer als Arbeitsplätze schützt, das ist ja nichts Neues. Dass aber die SP hier auch mitzieht und zulässt, dass der Kanton Zürich an Attraktivität für Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft verliert, das macht mich etwas ratlos. Es ist das Zeichen einer Wohlfühlpartei, welche mehr und mehr den Bezug zur wirtschaftspolitischen Realität verliert und sich für den Klassenkampf instrumentalisieren lässt.

Unterstützen Sie diese PI nicht. Sie ist unnötig und sie ist kontraproduktiv. Wir sollten nicht die Vermögenden aus dem Kanton Zürich vertreiben, sondern wir sollten eine Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben, welche die Wirtschaft möglichst rasch revitalisiert. Es sind Flexibilität, Regulierungs- und Bürokratieabbau gefragt. Dann sind weder Sparprogramme – ich sage das ausdrücklich –, weder Sparprogramme noch Steuererhöhungen notwendig, um diese Krise zu bewältigen. Besten Dank.

Melissa Näf (GLP, Bassersdorf): Wir befinden uns um mit Covid-19 in einer herausfordernden Zeit; dies in erster Linie gesundheitlich und gesellschaftlich, aber ja, auch wirtschaftlich und finanziell. Was wir jedoch bereits jetzt sehen können, ist: Der haushälterische Umgang mit den kantonalen Finanzen und das Anlegen von Notgroschen in der Vergangenheit zahlen sich nun aus. Finanzdirektor Stocker hat vergangenen Freitag die Resultate 2020 präsentiert, ein Gewinn von fast 500 Millionen Franken und eine Reduktion der Verschuldung. Wir sehen also, der Kanton Zürich ist agil und fit genug, um eine Krise dieser Grössenordnung auch finanziell anzugehen. Die Staatsfinanzen haben in den ersten Monaten ein rasches Handeln ermöglicht und es besteht auch weiterhin Spielraum, um mit den Härtefallprogrammen, für die wir gerade einen Kredit beschlossen haben, gezielt handeln zu können. Aber ja, wir können uns auch nicht darauf ausruhen, wir müssen darüber sprechen, wie wir die coronabedingten Ausgaben und Mindereinnahmen in den kommenden Jahren finanziell verdauen wollen, damit wir auch bei einer nächsten Herausforderung – und sie wird kommen, in welcher Form auch immer – wieder gleich gut gewappnet sind.

Die vorliegende PI will nun also eine befristete Zusatzsteuer auf Vermögen einführen. Die selbsternannte Begründung der Unterzeichnenden: Der Staat solle sich das Geld doch dort holen, wo er es gerade als vorhanden sieht. Wir Grünliberalen sehen dies anders. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe, dass sich der Staat dort Geld holt, wo wir es gerade jetzt möchten. Wir müssen Stabilität und Planbarkeit bieten, nicht Willkür. Unser Fokus muss jetzt umso mehr sein: Wenn es Privaten und Firmen gutgeht, geht es auch dem kantonalen Steuerhaushalt gut. Zentral ist, dass wir die Überschüsse jetzt intelligent in die Zukunft investieren, die Digitalisierung und eine nachhaltige Wirtschaft vorantreiben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Und ja, vielleicht sind zusätzliche Massnahmen nötig, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das werden wir noch zur Genüge diskutieren. Eines ist aber klar: Diejenigen, die aktuell in der Krise noch

gute Gewinne machen, sollen und werden auch finanziell ihren Teil zum Wiederaufbau der Finanzen in den kommenden Jahren beitragen, das ist nur fair. Dafür brauchen wir aber gar keine Zusatzsteuer, ein Blick ins Steuergesetz und eine Milchbüchlein-Rechnung reichen für die sehr einfache Grundregel: Je mehr Gewinn oder Einkommen auch noch während Corona erzielt werden und je mehr Vermögen vorhanden ist, desto mehr Steuern müssen bezahlt werden, wegen der Progression sogar prozentual und beim Vermögen sogar mehrfach, jedes Jahr. Wer keinen Gewinn oder Einkommen machen konnte oder kein Vermögen hat, der kann natürlich auch keine Steuern darauf bezahlen. Der Vorstoss hinterlässt daher einen etwas bitteren Nachgeschmack, muss ich sagen. Es scheint, als wolle man hier Corona primär als Ausrede für ein Parteiprogramm, für eine höhere Vermögenssteuer benutzen.

Ich komme zum Schluss: Es gilt nun mehr denn je, einen kühlen Kopf zu bewahren, um den Menschen und Unternehmen in unserem Kanton eine stabile Perspektive zu geben. Es ist jetzt nicht Zeit für coronaopportunistische Vorstösse, das ist unserer kantonsrätlichen Pflicht nicht würdig. Wir Grünliberalen werden diese PI nicht unterstützen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Wir alle hier im Rat wissen nicht, wie lange Covid-19 noch unser Leben beeinflussen wird, aber eines ist heute schon klar: Covid-19 kostet. Wir haben es heute Morgen zur Genüge gehört und heute Nachmittag erneut und entsprechende Gelder für die Bekämpfung der Krise gesprochen. Die Grünen haben die Hilfen an das Gewerbe, an die Wirtschaft, an die Arbeitnehmenden und die Sofortmassnahmen des Staates zur Eindämmung der Pandemie von Anfang an mitgetragen, im Wissen darum, dass dies alles auch Geld kostet, das so nicht geplant und nicht in den entsprechenden Budgets eingestellt waren. Langsam wird es auch Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir diese Ausgaben refinanzieren. Der Finanzdirektor hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Spiel gebracht, wobei der gewonnene Erlös den Kantonen zukommen soll. Der Aufruf ist nicht gerade auf fruchtbaren Boden gefallen und dürfte es schwer haben. Die letzte Woche präsentierte Rechnung des vergangenen Jahres hat ihr gutes Ergebnis vor allem Einmaleffekten zu verdanken: Die höhere Ausschüttung der Nationalbank, die Jubiläumsdividende der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) und die buchhalterische Aufwertung der Liegenschaften haben zum Gewinn geführt, nicht aber höhere Einnahmen. Auf der Einnahmenseite sieht die Zukunft düster aus. Die Folgen der Corona-Krise werden sich in geringeren Steuererträgen niederschlagen und die Unternehmenssteuerreform wird auch zu weiteren Steuerausfällen führen.

Mit der vorliegenden PI soll der Fokus auf die Einnahmenseite gelegt werden. Für eine beschränkte Zeit soll die Vermögenssteuer für Vermögensteile über 2 Millionen Franken um 10 Prozent erhöht werden. Mit der Erhöhung der Vermögenssteuer ab einem steuerbaren Reinvermögen von über 2 Millionen Franken werden nicht Einfamilienhausbesitzerinnen und -besitzer zur Kasse gebeten und auch nicht diejenigen, die ihr Vermögen eingesetzt haben, um die eigene Firma über die Covid-Krise zu retten. Vielmehr greift die Steuer dort, wo Vermögenswerte

in grossem Umfang nach wie vor vorhanden sind oder die Krise gar dazu geführt hat, dass das Vermögen noch vergrössert werden konnte. Die vorgeschlagene Erhöhung erscheint moderat und führt nicht zu einem substanziellen Eingriff ins Vermögen. Auch die Befristung auf fünf Jahre ist angemessen und verfolgt nicht das Ziel, unter dem Deckmantel der Corona-Kosten eine generell höhere Vermögenssteuer einzuführen. Mit der angedachten Lösung erhalten auch die Gemeinden einen Betrag, was auch angemessen ist, sind doch durch die Krise auch die Gemeindehaushalte betroffen; sei es, dass mehr Unterstützung ausgerichtet werden musste, oder auf verschiedenen Ebenen Mindereinnahmen in Kauf genommen werden mussten. Überdies – und das muss hier auch noch erwähnt werden – braucht der Kanton auch zusätzliche Mittel, um den Klimawandel zu bewältigen. Die Parteien, die heute gegen diese PI gesprochen haben, haben keine Lösungen präsentiert. Sie haben entweder, wie das Grünliberalen ausgeführt haben, das Prinzip Hoffnung auf den Tisch geworfen und gemeint, es werde dann schon alles gut. Alle anderen Sprecher, die gegen die PI gesprochen haben, haben sich in ideologische Grabenkämpfe verstiegen und hier nichts zur Lösung des Problems beigetragen.

Nicht zuletzt wird mit dieser Initiative auch die Diskussion auf der Einnahmenseite beim Staat lanciert und nicht so lange zugewartet, bis das Loch in der Staatskasse so gross ist, dass es kaum mehr zu schliessen ist. Meine Fraktion erachtet die eingereichte PI als prüfenswert und wird sie deshalb unterstützen.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Es ist immer wieder erstaunlich, wie die AL mit dem Geld anderer umzugehen versucht. Egal, welches Ereignis die Zürcher Bevölkerung gerade plagt und beschäftigt, die AL ist der Meinung, das Heil und die Lösung aller Probleme sei darin zu finden, einfach Personen mit Vermögen zu belangen. Zitat aus der PI: «Der Staat soll sich dort die Mittel beschaffen, wo sie vorhanden sind.» Wir sprechen hier regelmässig über die Höhe und die Verteilung der Steuerlast, und dies ist auch absolut angebracht. Bei solchen willkürlichen Vorstössen machen wir jedoch nicht mit. Die CVP-Fraktion unterstützt diese PI nicht.

Beat Monhart (EVP, Gossau): Ein solcher Eingriff ins Steuergesetz müsste wesentlich vertiefter als einfach nur mit einer zusätzlichen Reichen-Steuer erörtert werden. Was noch dazukommt, ist, dass Kanton und Gemeinden sehr unterschiedlich betroffen sind. Mit dieser Lösung werden einfach quasi mit der Giesskanne zusätzliche Gelder generiert, ohne einen genauen Plan zu haben. Die EVP unterstützt diese PI zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Wir werden aber sicher im Auge behalten, wie sich die Situation in unserem Kanton, aber auch in der Schweiz weiterentwickelt, und sind nicht völlig verschlossen dagegen, bei ausgewiesenem Bedarf eines Tages etwas, das in diese Richtung gehen könnte, genauer zu erörtern.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich bin ein wenig erstaunt, wie einfach dieser Vorstoss von der Gegenseite abgetan wird. Hier wird einerseits von der SVP der

Aspekt der Steuergerechtigkeit angesprochen. Sie behauptet, dass die böse AL damit die Vermögenden noch mehr beuteln will. Nun muss man einmal hinschauen: Wo sind denn die Profiteure dieser Krise? Das zu beantworten ist nicht allzu schwierig. Man muss schauen, wer hier verliert. Es sind genau die Leute in den lohnarmen Berufen, Coiffeure, Angestellte in der Gastronomie, Kulturschaffende, genau diese Leute haben nun Probleme, diese Leute sind nun in Kurzarbeit oder verlieren, wenn es schlimm kommt, ihren Job. Und diese Leute haben kaum Vermögen. Schaut man nun auf die andere Seite, dafür muss man nicht links sein, das kann man allein schon in der Presse lesen: Bereits im Oktober 2020 titelte beispielsweise die NZZ «Milliardäre werden in der Corona-Krise noch reicher.» Und auch letztthin, wenn Sie ein bisschen gelesen haben, wurde geschrieben, wie die Schweizer Haushalte jetzt in der Krise noch mehr sparen, indem sie genau in den Bereichen, wo die Leute weniger verdienen, zum Beispiel indem sie im Home-Office arbeiten und nicht in Restaurants gehen, noch mehr sparen. So wird die Befürchtung geäußert, dass dieses Geld, sobald die Krise vorbei ist, eher ins Ausland wandert, als in der Schweiz bleibt. Was wir hier verlangen, ist also nichts weiter, als dass wir das Geld dort holen, wo es sogar noch mehr geworden ist. Wir verlangen lediglich eine 10-prozentige Erhöhung – eine befristete Erhöhung –, und dies ist nicht viel, schaut man die Höhe der Vermögenssteuer an. Man kann hier also sagen: Wir erhöhen die Vermögenssteuer um homöopathische 10 Prozent. Wir bitten Sie, dieser PI zuzustimmen.

Markus Bischoff (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es wurde ja von Herrn Suter gesagt, Deutschland kenne keine Vermögenssteuer und Schweden kenne auch keine Vermögenssteuer. Also von mir aus können wir schon mit dem Steuersystem von Deutschland tauschen, dort haben Sie eine enorm hohe Einkommenssteuer, die einiges höher ist als hier. Und in Deutschland haben Sie eine Kapitalgewinnsteuer, das gibt es in der Schweiz auch nicht. Wenn Sie ein Grundstück verkaufen, dann müssen Sie in der Schweiz Gewinnsteuer darauf zahlen, wenn Sie Aktien mit 100'000 Franken Gewinn verkaufen, dann müssen Sie das nicht versteuern. Da gibt es in der Schweiz also schon noch Spielraum und darum wäre ich vorsichtig mit Beispielen aus dem Ausland.

Dann wurde gesagt, die Reichen könnten ja nichts dafür, dass es Corona gibt, und jetzt müssten sie quasi unverschuldet mehr Steuern zahlen. Steuern sind immer voraussetzungslos geschuldet. Das gehört dazu, ob man Leistungen vom Staat bezieht oder nicht. Wenn Sie ledig sind, gut verdienen und keine Kinder haben, die in die Schulen gehen und so weiter, dann zahlen Sie sehr, sehr hohe Steuern und profitieren von geringen staatlichen Leistungen. Das ist das Wesen der Steuern, dass Sie auf Einkommen und Vermögen erhoben werden, unabhängig von staatlichen Leistungen oder davon, ob Sie nun schuld sind an irgendetwas. Wir können ja nicht China besteuern, nur weil dort diese Epidemie ausgebrochen ist.

Dann wurde gesagt, das Vermögen sei ja hart erarbeitetes Geld und jetzt würden wir die armen Rentnerinnen und Rentner schröpfen. Also Geld kommt ja aus unterschiedlichsten Gründen zusammen. Zum Beispiel kann man es erben, ohne dass man da irgendetwas dafür gemacht hat. Wenn man Glück im Leben hat und

in die richtige Familie geboren wird, dann kann man erben. Wir haben im Kanton Zürich die Erbschaftssteuer für die direkten Nachkommen ja abgeschafft. Und dann sagen Sie, nur wer hart arbeite, habe ein grosses Vermögen. Meinen Sie, die Verkäuferin, die in der Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) an der Kasse sitzt, oder der Mann, der 30 oder 40 Jahre auf dem Bau arbeitet, arbeiten nicht hart? Diese kommen mit ihrer Arbeit aber nicht auf 2 Millionen Franken. Das ist ziemlich despektierlich. Oder sie verdienen gut, weil sie vielleicht eine gute Ausbildung hatten, vielleicht eine universitäre Ausbildung. Und wer hat diese Ausbildung bezahlt? Der Staat, nicht sie selber. Das müssen Sie sagen. Dann nehme ich von Herrn Geistlich gerne zur Kenntnis, dass er sagte, wir sollten keine Sparprogramme haben, aber auch keine Steuererhöhungen. Ich habe von Ihrer Seite aber kein Wort gehört, wie wir diese Corona-Hilfen finanzieren. Sagen Sie mir doch endlich einmal, woher wir das Geld nehmen. Von der Geldpresse? Dann haben wir wirklich Inflation. Sie müssen mir sagen, wie Sie diese Ausgaben finanzieren. Da müssen mir etwas sagen und dann können wir darüber diskutieren, ob das richtig ist oder nicht. Aber einfach zu sagen «Wir wollen nicht, dass die Reichen, diejenigen, die Vermögen haben, mehr zahlen» und kein Wort darüber zu verlieren, wie wir diese Corona-Hilfen bezahlen, das ist unglaubwürdig.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) spricht zum zweiten Mal: Es wurde jetzt einiges gesagt, ich fange mal hinten an: Markus Bischoff, du hast immer noch nicht verstanden, dass eure eigene PI unfair ist, denn du hast wieder mit 2 Millionen argumentiert. Das müsst ihr irgendwie noch klären, denn das habe ich ja vorhin erläutert, dass da irgendwie ein Überlegungsfehler drin ist, denn wenn man 1 Million Franken verdient und verheiratet ist und die Frau oder der Ehemann hat auch 1 Million, dann ist man auch bei diesen 2 Millionen. Also wie gesagt, da müsst ihr euch mal über die Zahl klar werden. Das ist das eine. Dann haben die Links-grünen heute alles erwähnt, was irgendwie mit Steuern zu tun hat. Ideologie, ja, Herr Siegrist, wenn ich hier zuhöre, gibt es nichts Ideologischeres, als wenn Sie nach vorne (*ans Rednerpult*) kommen. Das Problem ist, dass Sie nach vorne kommen, alleine für die SP, Sie, der Sie Student sind, das sagte vieles aus. Denn eines habe ich gelernt, als ich Lehrling war, der Unterschied zwischen Lernenden und Studenten ist etwas ganz Entscheidendes: Die Lernenden sind schon sehr früh, mit 15 oder 16 Jahren, in einem Arbeitsprozess. Sie lernen etwas, sie verdienen etwas und sie bezahlen sehr schnell Steuern. Das ist bei den Studenten leider zu oft nicht der Fall, es ist viel später – wenn überhaupt irgendwann – der Fall. In der Zeit haben Leute wie ich und ein paar andere auch noch schon gearbeitet – und das sind unsere Wähler und für die setzen wir uns ein, und darum, das sage ich Ihnen, sind wir die grösste Partei, weil es in der Schweiz zum Glück immer noch so ist, dass die Mehrheit nicht studiert. Und darüber bin ich froh, denn es gibt ganz viele Sachen, die man studieren muss, und das ist nichts Schlechtes, aber dass immer Studenten von der SP nach vorne kommen, um über Steuern zu reden, das ist etwas, was Sie disqualifiziert und nicht, dass wir uns immer und auf allen Ebenen gegen Steuererhöhungen einsetzen. Es spielt keine Rolle, wo, es geht gar nicht um die Vermögenssteuer. Ich habe heute weder zum Thema «Reich» noch zu was auch

immer gesagt, ich habe Ihnen aufgezeigt, was es bedeutet, wie man zu einer Million kommt, dass das insbesondere für ältere Personen kein Problem ist, grundsätzlich. Ich sage noch was zur Erbschaft: Ja, Sie haben es ja erwähnt, das Volk hat so entschieden. Je länger je mehr akzeptiert Links-grün keine Volksentscheide mehr. Sie haben heute wieder von der Unternehmenssteuerreform gesprochen. Die Stimmbürger haben das bestimmt, werfen Sie es uns bitte irgendwann nicht mehr vor. Erbschaftssteuer, da gab es ja die Vorlage (*eidgenössische Abstimmung im Jahr 2015*). Da haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gesagt: Wir wollen nicht, dass die Nachkommen Erbschaftssteuern bezahlen. Sagen Sie es doch offen, dass Sie das nicht akzeptieren. Gehen Sie nächstes Jahr so in die Wahlen. Danke.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Geschätzter Herr Kantonsrat Suter, ich habe Ihnen vorher vorgeworfen, dass Ihnen die Argumente ausgehen. Wenn Sie nun mehrheitlich einfach Studentinnen und Studenten diffamieren, dann werde ich leider nicht vom Gegenteil überzeugt. Vielleicht eine kleine Präzisierung: Ich studiere auch Volkswirtschaft und da lernt man relativ gut zu berechnen, was Steuern in einer Volkswirtschaft ausmachen und was nicht. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 117/2020 stimmen 57 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.